

Generalsekretär Volker Rühe:

Das politisch-moralische Defizit der SPD in der Deutschlandpolitik

Gegenwärtig sind wir Zeuge des zum Teil atemberaubenden Veränderungsprozesses in Mittel- und Osteuropa, insbesondere in Polen und Ungarn, aber auch in der Sowjetunion.

Alles, was dort im politischen Denken neu ist — Glasnost, Perestroika, der Umbau zu politischem Pluralismus und mehr Markt in der Wirtschaft — sind Teilanleihen aus unserem politischen Denken: Der Veränderungsprozeß in Mittel- und Osteuropa ist die Antwort auf das Versagen des Kommunismus und den Erfolg westlichen politischen Denkens und Handelns. Der Osten schaut heute auf den Westen.

Dieser Veränderungsprozeß wird nicht an der DDR vorbeigeführt werden können. Unsere Landsleute im anderen Teil Deutschlands wollen dieselben Rechte erhalten, die die Ungarn und Polen für sich erkämpft haben: Die Idee der Freiheit macht auch vor der DDR nicht halt. Mauer und Stacheldraht haben keine Zukunft.

In diesen Tagen kehren Tausende von Menschen der DDR den Rücken. Sie verlassen ihre Heimat, weil die DDR-Führung sie ihnen systematisch zur Fremde gemacht hat. Sie lassen dabei ihre Freunde zurück, manche sogar ihre Familien. Sie verlassen ihre Heimat, weil sie für sich und insbesondere ihre Kinder keine Perspektiven mehr sehen.

(Fortsetzung auf Seite 2)

HEUTE AKTUELL

● Aus-/Übersiedler

Walter Wallmann: Freiheit ist der Kern der deutschen ebenso wie der europäischen Frage. Seite 6

● Aussiedler

Ein Gewinn für uns alle. Gutachten des Instituts der deutschen Wirtschaft. Seite 10

● Soziales

Menschen mit Behinderung — Teil unserer Gesellschaft. Leitlinien der CDU zur Behindertenpolitik. Seite 14.

● Rot/Grün

Berliner Stromversorgung: Die Alternativen können keine politische Verantwortung tragen. Seite 19

● Steuern

SPD will beim Bürger abkassieren. Seite 21

● Dokumentation

Pressestimmen zu den Kontakten zwischen SPD und SED. Grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

1. Sozialdemokraten haben in diesen Wochen davon gesprochen, daß der Strom von Flüchtlingen die Entspannung störe. So bezeichnete der SPD-Sicherheitsexperte Egon Bahr die massenhafte Ausreise von DDR-Bürgern beim 2. „Friedenssymposium“ der Partnerstädte Hamburg und Dresden als eine „Gefährdung des Entspannungsprozesses“ (zitiert nach „Die Welt“, 22. 8. 1989).

Welch eine Verdrehung der Tatsachen! Nicht die DDR-Flüchtlinge stören die Entspannung, sondern diejenigen, die sie in der Unmündigkeit halten und ihnen die Menschenrechte verweigern.

Denjenigen, die uns immer geraten haben, in der deutschen Frage von den Realitäten des Nachkriegseuropas auszugehen, müssen wir sagen: Schaut genau hin: Zu den Realitäten in Europa gehört der Wille aller Deutschen, frei zu sein und zusammenzuleben.

Wenn man die Bilder sieht, wie diese Landsleute aus der DDR ihren Paß voller Stolz und neugewonnener Sicherheit hochhalten, dann muß man sich vergegenwärtigen, daß die SPD über viele Jahre hinweg diese Menschen aus der gemeinsamen deutschen Staatsbürger-

Stolz auf den neuen Paß

schaft ausbürgern wollte mit der Folge, daß wir ihnen einen solchen Paß nicht hätten geben können.

Hätte die CDU mit ihrer Deutschlandpolitik nicht am Wiedervereinigungsgebot und an einer einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit festgehalten, dann könnten die Flüchtlinge aus der DDR heute nicht als Deutsche zu uns Deutschen kommen, sondern sie kämen als Ausländer.

Die führenden Sozialdemokraten, die uns in den letzten Wochen vorgeworfen haben, wir hätten die Flüchtlinge herbeigeredet mit dem Ruf „Heim ins Reich“, haben nichts, aber auch gar nichts von der Freiheitsfrage verstanden.

Denn es gab solche Rufe nicht, sondern die Deutschen aus der DDR, die ihr Land verlassen, haben Hunger auf Freiheit, den sie hier bei uns stillen können.

2. Die SPD steht jetzt vor dem Scherbenhaufen ihrer Deutschlandpolitik. Der jüngste Beleg dafür ist die von der SED-Führung abgesagte Reise einer Delegation der SPD-Bundestagsfraktion in die DDR. Die SPD-Delegation wollte bekanntlich einer Einladung des Volkskammerpräsidenten Sindermann (SED) in die DDR folgen.

Was eigentlich sollen die Leute in der DDR denken, wenn sich die SPD mit führenden SED-Funktionären trifft wie Herrn Sindermann oder mit dem Politbüro-Mitglied der SED Axen?

Während die Menschen in der DDR diesen SED-Funktionären weglauften, wollen sich die Sozialdemokraten mit ihnen treffen.

Egon Bahr und das SED-Politbüro-Mitglied Axen haben SPD und SED ein „gegenseitiges Vertrauensverhältnis“ bescheinigt (Welt am Sonntag, 16. 2. 1986). Wie kann es ein Vertrauensverhältnis zwischen einer demokratischen Partei und einer kommunistischen Staatspartei geben, zu der die eigene Bevölkerung kein Vertrauen hat?

Die SPD muß sich vorhalten lassen, daß sie jahrelang exklusive und freundschaftliche Beziehungen zur SED gepflegt hat und daß sie dabei die Reform- und Dialogfähigkeit der SED völlig falsch eingeschätzt hat.

Es ist richtig: Die Regierungen müssen miteinander sprechen. Und das tut ja

auch die Bundesregierung, sie wird auch weiterhin mit der DDR-Regierung sprechen, um — wie bisher — den Menschen in der DDR zu helfen. In harten Verhandlungen hat sie wichtige Verbesserungen erreicht, die den Menschen im geteilten Deutschland zugute kommen (Familienzusammenführung, 5 Millionen Reisen aus der DDR, Städtepartnerschaften, Kulturaustausch u. a.). Darum wird sich die Bundesregierung auch weiterhin bemühen, denn solange die Menschen in der DDR nicht frei über ihr Schicksal entscheiden können, müssen wir alles tun, um die Lage der Menschen dort erträglicher zu machen.

Die Bundesregierung spricht mit der von der SED gestellten DDR-Regierung, so wie sie beispielsweise auch mit der Regierung Pinochet in Chile spricht. Aber die Frage ist doch, ob man dann beispielsweise auch enge Parteibeziehungen mit der Pinochet-Partei aufnehmen muß. Das aber hat die SPD vergleichbar mit der SED gemacht.

Und zu einem Zeitpunkt, an dem die SED-Führung das Massaker auf dem Tie-

Wandel durch Anbiederung

namen-Platz in Peking verteidigt, da kann man doch keine Fototermine mit dieser SED-Führung machen.

Das politisch-moralische Defizit der SPD-Politik der exklusiven Kontakte mit der kommunistischen Staatspartei SED ist jetzt für jedermann zu erkennen.

3. Egon Bahr hat in den sechziger Jahren die Formel vom „Wandel durch Annäherung“ geprägt, und diese Formel war für die Vorbereitung der Vertragspolitik mit der DDR in den sechziger und siebziger Jahren wichtig. In den achtziger Jahren ist die SPD-Politik jedoch zu einer

Politik des **Wandels durch Anbiederung** an die SED degeneriert.

Gekennzeichnet ist diese Anbiederungspolitik der SPD an die SED durch:

- die Schaffung eines Netzwerkes von Beziehungen zur kommunistischen SED auf allen Ebenen, z. B. mit der DDR-

Generalsekretär Volker Rühe fordert die SPD dazu auf, sich klar und eindeutig zum Recht aller Deutschen auf Freiheit, Selbstbestimmung und Wiedervereinigung zu bekennen.

Volkskammer, mit der Akademie für Gesellschaftswissenschaften der SED, mit der gemeinsamen Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion und des ZK der SED zu sicherheitspolitischen Fragen in Europa,

- ihre Anti-NATO-Politik, d. h. vertragsähnliche Vereinbarungen mit der SED über eine chemie- und atomwaffenfreie Zone, Konzepte, die seit langem vom westlichen Bündnis begründet abgelehnt werden und die auch in den internationalen Verhandlungen keine Rolle spielen.

Mit dieser Nebenaußenpolitik hat sich die SPD als Opposition die Rolle einer Regierungspartei angemaßt und wie eine Regierung Verträge mit der kommunistischen Regierungspartei SED geschlossen.

- das Einknicken der SPD vor den Geraer Forderungen Honeckers, insbesondere was die Anerkennung einer DDR-Staatsbürgerschaft und die Auflösung der Erfassungsstelle Salzgitter betrifft.

- das „Ideologie-Papier“ mit der SED, in dem nicht ein einziges Mal das Wort Frei-

heit vorkommt und in dem Freiheit nicht zu den in diesem Papier aufgeführten „grundlegenden Menschheitsinteressen“ gezählt wird. Da das „Ideologie-Papier“ ein gemeinsamer Leitfaden von SPD und SED für die „Kultur des Streits“ im Dialog von unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen sein soll, ist dieses Papier spätestens seit der Absage der Reise der SPD-Bundestags-Delegation durch die SED nur noch Makulatur: Diese SED-Führung ist nicht mehr zum Dialog mit der SPD bereit.

Und die SPD muß heute feststellen, daß die SED-Führung dieses Papier nur „zum Ausweis ihrer Liberalisierung nach außen und im Innern als ein Element der Legitimierung durch die Sozialdemokratie nutzen“ wollte (Der SPD-Parteiratsvorsitzende Gansel in seinem Aufsatz „Wandel durch Abstand“, Frankfurter Rundschau, 13. 9. 1989).

Hoffnung auf die Reformkräfte

Volker Ruhe hat die Haltung der Christlich Demokratischen Union Deutschlands gegenüber der CDU in der DDR noch einmal klargestellt: Kontakte auf Parteiebene mit der Führung der Ost-CDU kann es nicht geben, da sie bis zum heutigen Tag abhängiger Bündnispartner der SED ist. Es besteht kein Grund, von dieser Haltung abzuweichen, solange die CDU in der DDR diese Rolle beibehält und nicht mit ihrer Vergangenheit bricht.

Im übrigen hofft die Christlich Demokratische Union Deutschlands, daß sich in der DDR Reformkräfte in allen gesellschaftlichen und politischen Bereichen durchsetzen.

Die jetzt von der SPD geäußerte Verärgerung über die SED beleuchtet das Maß der Selbsttäuschung, dem die SPD durch ihre institutionalisierte Zusammenarbeit mit der SED erlegen ist, zeigt aber auch auf, wie sehr die SPD inzwischen zu einem Gefangenen ihrer eigenen Anbiederungs-Politik geworden ist.

4. Mit ihrer gescheiterten Politik der exklusiven Kontakte zur SED sitzt die SPD zwischen allen Stühlen:

● Sie hat den deutschlandpolitischen Konsens mit den Koalitionsparteien

Konsens aufgekündigt

CDU/CSU und FDP aufgekündigt, — sie hat in den letzten Jahren leichtfertig das Vertrauen des Westens in ihre Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit verspielt,

● gegenüber den reformorientierten Kräften und Regierungen in Mittel- und Osteuropa ist sie mit dem Makel ihrer Anbiederungs-Politik behaftet, — schließlich ist ihr jetzt auch noch der Draht zu den verknöcherten Kommunisten in der SED-Führung gekappt worden.

Warum eigentlich wollen Herr Vogel, Herr Ehmke, Herr Lafontaine und andere nicht zugeben, daß sie die historische Entwicklung in Mittel- und Osteuropa falsch eingeschätzt haben? Was eigentlich vergeben sie sich, wenn sie eingestehen, daß sie die Freiheitsfrage unterschätzt haben?

Sogar Herr **Brandt** sagt jetzt, er hätte heutzutage nicht mehr die Vereinbarungen mit der SED unterschrieben (Vgl. Le Monde vom 19. 9. 1989).

Der SPD-Parteiratsvorsitzende **Gansel** spricht sich sogar dafür aus, daß die SPD

eine Politik des „Wandels durch Abstand“ zur SED-Führung betreiben müsse. Und er sagt:

„Weniger richtig war es, daß die SPD in der Opposition mit dem Selbstverständnis einer Regierungspartei an dem Verständnis der Deutschlandpolitik als Außenpolitik weiterhin festgehalten hat.“ Die Fixierung vor allem auf sicherheitspolitische Fragen wie den oben genannten Zonen-Konzepten „verdrängte in der SPD Erkenntnismöglichkeiten für den Selbstwert der Demokratisierungsbewegung im Osten“. (Frankfurter Rundschau vom 13. 9. 1989)

Und der SPD-Deutschlandpolitiker Haack empfiehlt jetzt seinen Parteifreunden: *„Die SPD wäre ... falsch beraten, wenn sie nicht Selbstkritik üben würde. Sie hat natürlich in den letzten Jahren einiges falsch gemacht.“* (Interview mit dem Deutschlandfunk vom 16. 9. 1989)

Ein parteiübergreifender Konsens in der Deutschlandpolitik bleibt weiterhin wünschenswert. Wenn die SPD in diesen Konsens wieder zurückkehren will, muß sie um ihrer Glaubwürdigkeit willen auch die praktischen Konsequenzen aus ihrer

Die SPD muß sich entscheiden

gescheiterten Deutschlandpolitik der letzten Jahre ziehen.

Die SPD darf deshalb nicht nur taktische Begradigungen vollziehen, um aus ihrer schwierigen Situation herauszukommen. Notwendig ist deshalb eine völlige Abkehr von ihrer bisherigen Deutschlandpolitik.

Die CDU fordert deshalb die Sozialdemokraten auf, sich deutlich von ihren Vereinbarungen mit der SED über eine chemie- und atomwaffenfreie Zone zu distanzieren, das gemeinsame Ideologie-Papier für nichtig zu erklären und die

AKTION WILLKOMMEN für Landsleute aus der DDR



Damit die Freude über die erreichte Freiheit nicht nur zur Enttäuschung wird, sollten wir alle mitwirken, den Landsleuten aus der DDR den Start in der Bundesrepublik Deutschland zu erleichtern.

In den vergangenen Tagen und Wochen haben Tausende von Menschen der DDR den Rücken gekehrt. Sie haben ihre Heimat verlassen, weil die DDR-Führung sie ihnen systematisch zur Fremde gemacht hat. Sie lassen dabei ihre Feinde zu. Sie wollen nur noch eins: weg aus der DDR. Ihr Ziel ist die Freiheit.

Der Bundespartei tag der CDU in Bremen hat alle CDU-Orts- und Kreisverbände aufgerufen, den Landsleuten aus der DDR den Start ins neue Leben im westlichen Teil Deutschlands zu erleichtern. In diesem Falblatt finden Sie Vorschläge für Aktionen, mit denen Sie unseren neuen Mitbürgern die ersten Schritte in der neuen Heimat erleichtern können.

CDU

So helfen wir unseren neuen Nachbarn –
Leitfaden

Für die Aktion „Willkommen für unsere Landsleute aus der DDR“, die der Parteitag in Bremen beschlossen hat, gibt es nun auch einen Leitfaden. Je 100 Exemplare dieses Leitfadens sind an die Kreisgeschäftsstellen mit der Bitte um Weitergabe an die Gliederungen geschickt worden. Zusätzliche Exemplare stehen auf Anforderung in der Bundesgeschäftsstelle kostenlos zur Verfügung (Telefon: (0228) 544477).

Geraer Forderungen, insbesondere die Forderung nach Anerkennung einer DDR-Staatsbürgerschaft, abzulehnen.

Die SPD muß sich klar und eindeutig zum Recht aller Deutschen auf Freiheit, Selbstbestimmung und Wiedervereinigung bekennen.

Walter Wallmann:

Freiheit ist der Kern der deutschen ebenso wie der europäischen Frage

Seit Monaten und vor allem in den letzten Wochen sind wir Zeugen bewegender Ereignisse. Viele tausend Menschen haben ihren Wohnort, ihren Arbeitsplatz, Verwandte, Freunde und oft die angestammte Heimat verlassen. Sie kommen in die Bundesrepublik Deutschland, um als Deutsche in Freiheit leben zu können.



Entgegen mancher Behauptungen hat sich in der DDR eben nicht ein Bewußtsein eigener Staats- und Volkszugehörigkeit gebildet. Deswegen lehnen die Menschen dort auch eine DDR-Staatsbürgerschaft ab. Sie fühlen sich zu Recht als Deutsche, und die Bundesrepublik Deutschland mit ihrer demokratischen, rechts- und sozialstaatlichen Ordnung ist ihre Hoffnung geblieben.



Die SED-Führer sagen die Unwahrheit, wenn sie behaupten, die westdeutschen Massenmedien und die Politiker in Bonn provozierten den Flüchtlingsstrom. Nein, es ist die Hoffnungslosigkeit, die Verweigerung elementarer Freiheitsrechte im real existierenden Sozialismus, die die Menschen zur Flucht und zur Übersiedlung bewegt.



Wir haben der ungarischen Regierung und dem ungarischen Volk für Mut, Menschlichkeit und Hilfsbereitschaft zu danken. Wir Deutschen dürfen das nicht vergessen. Und wir müssen unsererseits bereit sein, diesem mutigen Volk zu helfen. Wir wollen auch der österreichischen Regierung und den Österreichern danken. Auch sie waren zur Hilfe bereit, als Hilfe nötig war.

Wir denken aber auch an diejenigen, die in ihrer Heimat bleiben und immer nachdrücklicher auf eine demokratische Veränderung drängen. Das Zerschneiden des Stacheldrahtes an der ungarisch-österreichischen Grenze, die Wahl eines nichtkommunistischen Ministerpräsidenten in Polen, die offene Verurteilung des menschenverachtenden Stalinismus in der Sowjetunion — all das sind Zeichen der Hoffnung. Ob daraus gesicherte demokratische Freiheiten werden, kann im Augenblick noch niemand sagen.



Es ist mehr als bloße Pflicht zur Dankbarkeit, daß wir die großartige Leistung der seit 1945 aus Ost- und Mitteldeutschland, aus dem Sudetenland und aus den Län-

Aus der Regierungserklärung des hessischen Ministerpräsidenten Walter Wallmann zur Lage der Aus- und Übersiedler am 20. September 1989

den Mittel-, Ost- und Südeuropas vertriebenen Deutschen beim Wiederaufbau unseres Landes würdigen und anerkennen. Die Vertriebenen haben in schwerer Zeit, als in unserem Land Hunger und Elend an der Tagesordnung waren, als unsere Städte in Trümmern lagen und viele Menschen nicht wußten, wie es weitergehen soll, unser Land aus Schutt und Trümmern in einer Zeit der Hoffnungslosigkeit mit aufgebaut.

Jetzt nehmen wir wieder Flüchtlinge auf, die aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum deutschen Volk verfolgt oder aber an der Wahrnehmung ihrer Menschen- und Bürgerrechte gehindert wurden. Diese Menschen, die mit wenig Hab und Gut hier bei uns ankommen, die ihre Heimat, ihre Verwandten, Freunde und ihren Arbeitsplatz zurückgelassen haben, um all dies gegen eine ungewisse Zukunft einzutauschen, sie sind keine Menschen, die nur einfach am Wohlstand des Westens teilhaben wollen.



Den vielen, vor allem auch jungen Leuten, die jetzt kommen, geht es nicht um Bequemlichkeit in einem weichen sozialen Netz. Sie wollen etwas leisten, und sie wol-

Sie wollen bei uns arbeiten

len arbeiten. Vor allem aber wollen sie auch über den Lohn ihrer Arbeit frei verfügen können.



Wir haben kein Recht, die Deutschen in der DDR dazu aufzufordern, ihre Heimat zu verlassen, um hierher zu kommen. Aber es steht uns auch nicht zu, unsere Landsleute zum Bleiben in der DDR aufzufordern. Es macht schon einen Unterschied aus, ob man eine solche Forderung vom sicheren Ort einer freien Wohlstandsgesellschaft aus erhebt oder ob man das Schicksal der Verweigerung von Freiheitsrechten mit anderen teilt.



Die Verantwortung für die Flüchtlingswelle, die aus der DDR über Ungarn jetzt zu uns kommt, trägt allein die Führung der DDR. Die Menschen flüchten vor unerträglicher Entmündigung und hoffnungslosen Zukunftsaussichten. Ich fordere die DDR-Führung auf, ein positives Zeichen zu setzen und alle diejenigen, die vor einigen Tagen in Leipzig für Ausreise und Frei-

heit demonstriert haben, sofort freizulassen.



Solange elementare Menschenrechte in der DDR keine Beachtung finden, müssen wir auch weiterhin mit einer großen Zahl von Übersiedlern und Flüchtlingen aus der DDR rechnen.



Die Aufnahme und Eingliederung von Tausenden von Aus- und Übersiedlern ist eine Herausforderung ersten Ranges an uns alle. Nicht nur der Bund und das Land, die Kreise und Kommunen sind gefordert, sondern unsere ganze Gesellschaft.



Wir dürfen aber in den Anstrengungen nicht nachlassen und müssen sie noch verstärken. Dabei bitte ich alle um aktive Hilfe: die öffentlichen Einrichtungen und die Verbände, die Kirchen, Gewerkschaften und Vereine sowie alle Bürgerinnen und Bürger. Wir alle sind aufgefordert, dazu beizutragen, daß sich die zu uns kommenden Aus- und Übersiedler möglichst bald als unsere Mitbürger aufgenommen und angenommen fühlen. Denn neben der Lösung der materiellen Sorgen ist vor allem wichtig, daß alle deutschen Landsleute, die zu uns kommen, eine menschliche Aufnahme finden. Es gibt viele Wege der Hilfe. Sie alle tragen dazu bei, menschliche Nähe zu finden.



Die Aus- und Übersiedler sind ein großer Gewinn für unser Land. Denn sie bringen in ihrem Gepäck auch Überzeugungen mit, die bei uns vielfach in Vergessenheit geraten sind: eine bewußte Einstellung zur Freiheit; ein Selbstvertrauen in die eigene Kraft, auch unter schwierigen Bedingungen; und nicht zuletzt ein eindrucksvolles Bewußtsein für die Zusammengehörigkeit aller Deutschen.

Angesichts von mancher Nörgelei und neidischer Kommentare füge ich hinzu: Nur 17 Prozent der Übersiedler sind über 40 Jahre alt, es sind also junge Leute, die unsere demographische Entwicklung verbessern. Die Übersiedler bilden auch einen wichtigen Wirtschaftsfaktor. Wir sehen schon jetzt, daß aufgrund der günstigen Altersstruktur und der vorhandenen guten beruflichen Ausbildung die meisten Übersiedler kaum Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt haben.



Begegnen wir unseren Landsleuten mit Freude und heißen wir sie in einem Geist der Solidarität willkommen. Die Anziehungskraft unserer freiheitlichen Ordnung wird daran gemessen werden, mit wieviel Mitmenschlichkeit wir ihnen begegnen und sie bei uns aufnehmen.



Zur Hilfe für unsere Landsleute gehört auch unabdingbar, daß wir eine Staatsbürgerschaft der DDR nicht anerkennen. Wo wären all die Menschen, die heute in Bedrängnis ihre Heimat verlassen, wenn wir die Geraer Forderungen des DDR-Staatsratsvorsitzenden Honecker anerkannt hätten?



Die neue Friedensordnung für Europa wird nicht durch Anbiederung an Regime der Menschenrechtsverweigerung begründet. Sie wird von den Menschen gestaltet, deren Wille nach Freiheit nicht länger mehr zu übersehen ist.



Wer mit dem Argument des Erhalts von Stabilität und Frieden nach Gemeinsamkeiten mit den Führern der SED sucht, wer die Verankerung der Bundesrepublik Deutschland im westlichen Bündnis in Frage stellt und nach deutschen Sonderwegen Ausschau hält, wer sich von demokrati-

schen Freiheitsbewegungen abgrenzt, um seine Beziehungen mit den Mächtigen nicht zu gefährden, wer die Offenheit der deutschen Frage leugnet, solange das Brandenburger Tor geschlossen ist, wer die Sicherheit des Westens auf die Unfreiheit der Völker im Osten gründet und auch noch die Stirn besitzt, dies als „gemeinsame Sicherheit“ zu bezeichnen, der hat jeden Anspruch auf außenpolitische Kompetenz und Meinungsfreiheit verloren.



In einem Augenblick, in dem Deutsche aus ihrer Heimat flüchten, um in Freiheit zu leben, in dem vor der Danziger Brigitten-

Recht auf Wiedervereinigung

kirche die polnische und die deutsche Nationalhymne gespielt werden, in einer Zeit, in der Bronislaw Geremek, der Führer der „Solidarität“ im polnischen Parlament, unmißverständlich sagt: „Die Deutschen haben ein Recht auf Wiedervereinigung“, in einer solchen Zeit müssen wir Deutsche auch wieder selbst über unsere nationale Zukunft in einem Europa freier Völker nachdenken. Wir müssen wieder „über Deutschland reden“, wie Martin Walser verlangt. Wir dürfen, so Walser, die deutsche Geschichte nicht mit der jetzigen Teilung enden lassen und uns damit abfinden.



Deutsche Außenpolitik muß immer der Umgang mit den geopolitischen Realitäten sein. Wir haben immer gewußt, daß die offene deutsche Frage zugleich auch eine europäische Frage ist. Wir Deutsche wollen unser Recht auf nationale Selbstbestimmung nicht gegen, sondern mit einem freien Europa verwirklichen. Wir bekennen uns zum Westen, weil wir die Einheit nicht um den Preis der Freiheit wollen. Denn Freiheit ist der Kern der deutschen ebenso wie der europäischen Frage. ■

Den Ungarn gilt unser aller Dank

In diesen Tagen blickt nicht nur die Bundesrepublik Deutschland, sondern blicken viele Menschen in der Welt auf die Fluchtwelle an der ungarisch-österreichischen Grenze. Kanzleramtsminister Rudolf Seiters: Wir sind der ungarischen Regierung zutiefst dankbar für eine humanitäre und gleichzeitig mutige Entscheidung in einer besonders schwierigen Lage. Wir danken auch der österreichischen Regierung für die wohlthuende Unterstützung, insbesondere auch den Menschen im Grenzgebiet, die in vorbildlicher Weise hilfreich waren.

Wir alle in diesem frei gewählten Parlament weisen mit Nachdruck den absurden und beleidigenden Vorwurf des Menschenhandels zurück. Ein solcher Vorwurf fällt auf seine Urheber zurück. Wir weisen auch Behauptungen zurück, eine Hetz- und Verleumdungskampagne habe junge Menschen verführt. Im Grunde ist dies entlarvend, weil es das Menschenbild der SED verdeutlicht. Wer so redet, hat nichts verstanden vom Freiheitswillen der Menschen oder er hat Angst vor dem Selbsteingeständnis, daß die kommunistische Ideologie gescheitert ist, oder vor dem Machtverlust.

Über 60 000 Menschen sind in diesem Jahr mit Genehmigung übergesiedelt; bis Ende des Jahres werden es wahrscheinlich über 100 000 sein. Die meisten sind jung, zwischen 20 und 40. Viele lassen gesicherte Existenz, vielleicht bescheidenen Wohlstand zurück, dazu Freunde, Verwandte, Heimat.

Die Motive und die Gründe sind vielfältig. Sie hängen natürlich auch zusammen mit den allgemeinen materiellen Lebensbedingungen, aber in allererster Linie mit verweigerter Freiheiten, mit Hoffnungs-

losigkeit und totalem Vertrauensverlust gegenüber der Führung der DDR. Die Menschen sind fassungslos, daß der bedeutende und dramatische Prozeß der Veränderung im osteuropäischen Raum hin zu mehr Menschenrechten, mehr Selbstbestimmung und mehr Freizügigkeit, nach dem Willen der DDR-Führung ganz offensichtlich an ihnen vorbeigehen soll. Und die alten, gestanzten Antworten der DDR-Führung auf die existenziellen Wünsche der Menschen, die Mischung aus Reformunwilligkeit und Hilflosigkeit verstärken den Ausreisepressure.

Dabei müßte die DDR wissen, daß Bunkermentalität kein Ersatz ist für politisches Handeln, daß eine weitere Abschottung den Prozeß einer gefährlichen Selbstisolierung erhöht und daß es auf Dauer unmöglich sein wird, eine zweite

Zweite Mauer unmöglich

geistige Mauer in Osteuropa zu errichten, um sich zu schützen vor dem ansteckenden Geist von Freiheit und Selbstbestimmung. Denn ein Staat, dem die Jugend davonläuft, hat keine Zukunft.

Ich sage mit Bedacht: Es kann nicht Ziel einer vernünftigen Deutschlandpolitik sein, daß möglichst viele Menschen aus der DDR zu uns übersiedeln. Wir haben zu denken an die Zufluchtsuchenden in den deutschen Botschaften. Wir haben an die zu denken, die auch künftig über eine Ausreisegenehmigung die Bundesrepublik erreichen wollen, aber nicht zuletzt auch an die große Mehrheit, die in der DDR bleiben möchte, die ihre Hoffnung auch auf die Bundesrepublik Deutschland setzt. Und das erfordert eine Politik der Standfestigkeit, der Behutsamkeit und der Beharrlichkeit, ohne etwas zu verschweigen. ■

Deutsche Aussiedler – ein Gewinn für uns alle

Die Zahl der deutschen Aussiedler hat seit 1987 in nicht voraussehbarer Weise zugenommen. Waren es 1987 noch 78 500, so sind 1988 bereits über 202 000 zu uns gekommen. In diesem Jahr haben wir bisher mit über 235 000 Aussiedlern mehr aufgenommen als im gesamten Jahr 1988.

Ziel der Regierung Helmut Kohl ist es nicht, daß alle Deutschen in den Aussiedlungsgebieten zu uns kommen. Ziel ist vielmehr, vor allem auf die Verbesserung der Lebensverhältnisse für die Deutschen und auf die Verbesserung der menschenrechtlichen Lage in den Aussiedlungsgebieten hinzuwirken, damit sich nicht Hunderttausende bedrängt fühlen müssen und ihre angestammte Heimat verlassen wollen.

Die deutschen Aussiedler sind uns willkommen. Sie sind ein großer Gewinn für unser Land und für uns alle. Dies belegt ein Gutachten des Instituts der deutschen Wirtschaft, das die vor allem positiven Auswirkungen der Integration der Aussiedler in wirtschaftlicher, finanzpolitischer, sozialer und bevölkerungspolitischer Hinsicht darstellt.

Positive Ergebnisse der Integration

Das Gutachten mit dem Titel „Die Integration deutscher Aussiedler — Perspektiven für die Bundesrepublik Deutschland“ kommt zu überraschend positiven Ergebnissen.

Die Integration der Aussiedler

- löst dauerhafte Nachfrage-, Wachstums- und Beschäftigungsimpulse aus;
- führt zu Steuermehreinnahmen, die die Lasten der Eingliederung immer stärker übersteigen;
- verjüngt die Altersstruktur der Bevölkerung und wirkt deren Schrumpfung entgegen;
- entlastet die Kranken- und insbesondere die Rentenversicherung;
- gleicht einen beginnenden Arbeitskräftemangel zumindest teilweise aus.

Nachfrage-, Wachstums- und Beschäftigungsimpulse

Eine Modellrechnung zeigt, daß eine Zuwanderung von 2 Mio. Personen bis zum Jahre 2000 unserer Volkswirtschaft zusätzliche Impulse gibt:

- Die Wachstumsdynamik wird verstärkt: Das reale Bruttosozialprodukt wird im Jahre 2000 um rd. 84 Mrd. DM höher liegen als ohne Aussiedlerzuwanderung.
- Wegen des konzentrierten Zustroms von Aussiedlern in den nächsten Jahren wird schon Ende 1993 ein zusätzliches reales Sozialprodukt von rd. 60 Mrd. DM erreicht.
- Allein im Zeitraum 1989 bis 1993 ergibt sich ein zusätzliches Arbeitnehmerinkommen von 120 Mrd. DM.
- Die zusätzliche Nachfrage nach Konsumgütern, Dienstleistungen und Wohnungsbauten in den Jahren 1989 bis 1993

von mehr als 110 Mrd. DM bringt neue Dynamik in die Wirtschaft und sichert die Fortsetzung des Aufschwungs.

Steigende Steuereinnahmen

Der durch die Aussiedlerintegration verstärkte Wirtschaftsaufschwung führt von 1989 bis 2000 zu Steuermehreinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden von 252 Mrd. DM. Die Neuverschuldung kann dadurch geringer ausfallen.

Mehrausgaben durch Eingliederungskosten entstehen nur in den Jahren 1989 bis 1991. Ab 1992 gibt es wegen des dynamischen Wachstums der Steuereinnahmen geringe, ab 1995 jedoch schon zweistellige Milliardenüberschüsse.

Verjüngungskur entlastet Sozialversicherung

Aussiedler sind im Durchschnitt wesentlich jünger als die einheimische Bevölkerung. Ihre Integration kommt einer Verjüngungskur gleich, die unser soziales Sicherungssystem mittel- und langfristig entlastet.

● Die junge Altersstruktur führt ab 1990 zu Überschüssen in der Rentenversicherung. Die höchste Entlastung wird es in den Jahren 2001 bis 2005 mit 19 Mrd. DM geben.

● Auch für die gesetzliche Krankenversicherung wirkt sich die Zuwanderung der Aussiedler positiv aus. Die Beitragszahlungen der Aussiedler überschreiten schon ab 1991 die Ausgaben für Aussiedler. Für den Zeitraum 1989 bis 2000 ergeben sich Überschüsse von über 12 Mrd. DM. Im Zeitraum 2000 bis 2010 sind es sogar fast 20 Mrd. DM.

● Die Bundesanstalt für Arbeit muß zwar bis 1995 noch mit aussiedlerspezifischen Defiziten (ca. 11 Mrd. DM) rechnen, weil

die Integration in den Arbeitsmarkt Zeit braucht. Ab 1996 gibt es aber auch hier aussiedlerspezifische Überschüsse, die im Zeitraum 2000 bis 2010 etwa 15 Mrd. DM betragen werden.

Das heißt: Selbst im Zeitraum bis 1995 belasten die Aussiedler per Saldo nicht unser soziales Sicherungssystem. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre und erst recht nach der Jahrhundertwende entlasten sie es dann in einer geradezu enormen Größenordnung: Im Zeitraum 1996 bis 2000 erwachsen Überschüsse von 31 Mrd. DM, zwischen 2000 und 2010 sogar von 67 Mrd. DM.

Keine Privilegierung der Aussiedler durch das Fremdrentenrecht

Überwiegend sind die Renten der Einheimischen höher als die Renten der Aussiedler. Nur in der Angestelltenversicherung liegen Aussiedlerrenten höher, wie eine Untersuchung des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger zeigt. Durch die Überprüfung der fachlichen Eingruppierung der ausgesiedelten Angestellten und andere bereits eingeleitete rentenrechtliche Regelungen werden noch bestehende Diskrepanzen abgebaut.

Chancen am Arbeitsmarkt

Über die Hälfte der Aussiedler findet einen Arbeitsplatz, ohne daß das Arbeitsamt als Vermittler tätig wird. Dies belegt ihre große Anpassungsfähigkeit und hohe Motivation. Die jungen Aussiedler sind die Fachkräfte der Zukunft. Durch sie können auch nicht ausgelastete Ausbildungskapazitäten sinnvoll weitergenutzt werden.

Durch Aussiedler können verstärkt offene Stellen wieder besetzt werden. Sie

füllen vor allem jene Lücken, die der demographisch bedingte Rückgang des einheimischen deutschen Arbeitskräfteangebots immer stärker aufreißt: Die Zahl der einheimischen deutschen Arbeitskräfte erreichte 1987 mit 27,1 Mio. Personen ihren Höhepunkt. Sie wird bis zum Jahr 2000 auf 24,7 Mio. Personen weiter schrumpfen. Die Aussiedler tragen also dazu bei, die Bundesrepublik Deutschland in den 90er Jahren vor einer sich zuspitzenden Arbeitskräfteknappheit zu bewahren. Arbeitskräfteknappheit könnte sonst zum Bremsklotz für die wirtschaftliche Entwicklung werden.

Chancen durch Förderung beruflicher und regionaler Mobilität

Vorübergehend kann es durch die zeitlich stark konzentrierte Zuwanderung von Aussiedlern am Arbeitsmarkt „Stau“-Probleme geben. Deshalb kommt es vor allem darauf an, durch gezielte Qualifikationsmaßnahmen und Förderung der regionalen Mobilität eine stärkere Besetzung der zunehmenden Zahl offener Stellen durch Aussiedler zu ermöglichen.

Die flexible Handhabung der Sprachkurse, insbesondere durch zeitliche Parallelschaltung von betrieblicher Einarbeitung und Sprachkursen („berufsbegleitende Sprachkurse“), und gegebenenfalls auch Anschlußqualifikationen können die berufliche Mobilität der Aussiedler erhöhen. Durch die beschleunigte Schaffung von Wohnungen und für eine Übergangszeit auch von menschenwürdigen Unterkünften an Orten mit hohem und wachsendem Arbeitsplatzangebot erhöht sich die regionale Mobilität. Eine hohe berufliche und regionale Aussiedler-Mobilität fördert auch die Bereitschaft zu arbeitsplatzschaffenden Investitionen.

Fazit:

Das Gutachten des Instituts der deutschen Wirtschaft kommt zu folgendem Ergebnis:

„Die Integration der Aussiedler in die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland ist nicht nur eine prinzipiell lösbare, sondern auch eine wirtschaftlich, gesellschaftlich und sozial lohnende Aufgabe. Sie kann dazu beitragen, Wachstum und Wohlstand zu mehren, die öffentlichen Finanzen zu stärken, das soziale Sicherungssystem zu stabilisieren, die Struktur der Bevölkerung zu verjüngen und ihre Schrumpfung einzudämmen, einer drohenden Arbeitskräfteverknappung entgegenzuwirken und den gesamten Arbeitsmarkt elastischer zu gestalten. Die unvermeidbaren Übergangsschwierigkeiten halten sich in akzeptablen Grenzen und können durch aktive arbeitsmarkt- und wohnungspolitische Maßnahmen gemildert werden.“

Erheblicher Wachstumsimpuls

„Auf die Dauer bedeutet die Zuwanderung und die Integration der Aussiedler einen erheblichen Wachstumsimpuls für unsere Volkswirtschaft und eine positive Entwicklung auch für unser soziales Sicherungssystem. Schon bis 1993 ist die zusätzliche Nachfrage auf ca. 100 Milliarden DM zu veranschlagen.“

Otto Vogel, Institut der deutschen Wirtschaft e.V., zum Gutachten seines Institutes über die Auswirkungen der Aussiedlerzuwanderung auf die deutsche Wirtschaftsentwicklung

Eingliederungsanpassungsgesetz

Unsere Solidarität ist gefordert

Nachdem seit Sommer 1987 die Zahl der bei uns aufnahmesuchenden Deutschen ständig steigt, ist vielen erst wider bewußt geworden, daß es noch Deutsche in beachtlicher Zahl in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße und in Ost- und Südosteuropa gibt. Und vor allem: daß sie sich uns zugehörig fühlen.

Es ist unsere selbstverständliche Pflicht, unsere Landsleute aufzunehmen, und zwar unabhängig davon, ob sie aus Leipzig oder aus Kasachstan kommen.

In den vergangenen Monaten ist in der Bevölkerung verschiedentlich der Eindruck entstanden, Aus- und Übersiedler würden bevorzugt. Dabei ist maßlos übertrieben worden: Es war immer wieder ein einzelner Rentenbescheid, der erhalten mußte, um Neid und Mißgunst zu säen.

Mit dem vorliegenden Eingliederungsanpassungsgesetz wollen wir Neid und Mißgunst den Boden entziehen. Wir wollen unterstreichen, daß Aussiedler und Übersiedler nicht besser, allerdings auch nicht schlechter dastehen sollen als Deutsche, die das Glück haben, seit jeher oder seit langer Zeit im freien Teil Deutschlands zu leben.

Neuer CDU-Sprecher

Parteisprecher **Jürgen Merschmeier** und die Bundespartei haben sich in gegenseitigem Einvernehmen und mit sofortiger Wirkung voneinander getrennt. Nachfolger von Merschmeier ist **Andreas Fritzenkötter**, bisher „Rheinische Post“. Er tritt seinen Dienst am 1. Oktober 1989 an.

Kernpunkt des Gesetzes ist die Neuregelung der Sicherung des Lebensunterhaltes im Falle der Arbeitslosigkeit und für die Zeiten der Teilnahme an einem Lehrgang der deutschen Sprache.

Die hier bisher gewährten Leistungen, nämlich Arbeitslosengeld und Unterhalts-

Mit einem Gesetz zur „Anpassung von Eingliederungsleistungen für Aussiedler und Übersiedler“ will die Bundesregierung bisher gewährte Leistungen durch ein pauschaliertes Eingliederungsgeld ablösen.

geld, werden durch ein neugeschaffenes Eingliederungsgeld abgelöst, das unter erleichterten Bedingungen bezogen werden kann.

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble: Die vielfach geäußerte Befürchtung, durch die Einführung des Eingliederungsgeldes würden Familien von Aussiedlern und Übersiedlern stärker als bisher auf Sozialhilfeleistungen angewiesen sein, teile ich nicht.

Die Menschen, die nun zu uns kommen, haben ein schweres Lebensschicksal hinter sich, von dem manche in unserer Bevölkerung sich nur wenig Vorstellung machen können. Sie sind es gewesen, die ungleich schwerer als wir alle Folgen des Zweiten Weltkrieges haben tragen müssen. Und deshalb sind wir ihnen zur Hilfe und zu Solidarität verpflichtet.

Menschen mit Behinderung – Teil unserer Gesellschaft

Anlässlich der Vorstellung der „Leitlinien der CDU zur Behindertenpolitik“ erklärt der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Sozialpolitik der CDU, Hermann-Josef Arentz, MdL:

„Integration statt Isolation“ — so lautet der Grundgedanke der CDU-Leitlinien zur Behindertenpolitik. Mit diesen Leitlinien ist die CDU die erste Partei in der Bundesrepublik Deutschland, die ein in sich geschlossenes programmatisches Konzept zur vollen Teilhabe der behinderten Menschen in unserer Gesellschaft vorlegt.

Christlich demokratische Politik für behinderte Menschen ist von folgenden Grundüberzeugungen geprägt:

- Die Würde des Menschen bleibt unabhängig von seinem Erfolg oder Mißerfolg, sie steht Behinderten und Nichtbehinderten, Gesunden und Kranken, Armen und Reichen in gleichem Maße zu.
- Nicht die Behinderten müssen sich der Gesellschaft anpassen, sondern die Gesunden müssen den Behinderten entgegenkommen und mit ihnen leben lernen. Unsere Gesellschaft muß so gestaltet werden, daß Behinderte in ihr ganz selbstverständlich leben können. Behinderte sind keine Betreuungsobjekte, sondern gleichberechtigte Partner.
- Unsere behinderten Mitbürger brauchen öffentliche Hilfe und Unterstützung ebenso wie eine neue Aufgeschlossenheit und Hilfsbereitschaft aller Mitbürger im Lebensalltag. Integration Behinderter ist

deshalb ebenso staatliche Aufgabe wie eine Verpflichtung aller Bürger.

Die Leitlinien der CDU zur Behindertenpolitik „Menschen mit Behinderung — Teil unserer Gesellschaft“ sind unser Wegweiser für die Behindertenpolitik der 90er Jahre. Die CDU will damit ihre Schwerpunkte einer Politik für behinderte Menschen neu bestimmen und die Perspektiven einer zukunftsorientierten Behindertenpolitik aufzeigen.

Dabei kommt dem Prinzip der Subsidiarität eine hohe Bedeutung zu. Gerade in der Arbeit mit und für behinderte Menschen ist der Gedanke der Selbsthilfe unverzichtbar.

Die Schwerpunkte christlich demokratischer Politik für behinderte Menschen in den 90er Jahren sind:

1. Von den 630 000 Neugeborenen des letzten Jahres waren 40 000, also rund 6,5 Prozent, behindert oder von Behinderung bedroht. Bei zwei Drittel dieser Kinder besteht die Chance, durch rechtzeitige Behandlung und gezielte Förderung eine Behinderung zu vermeiden oder deutlich zu mildern. Dazu bedarf es neben verstärkten Forschungsanstrengungen auf dem Gebiet der Früherkennung von Behinderungsursachen auch einer Verbesserung der Vorsorgemaßnahmen. Die Information der Bevölkerung über die vorhandenen Angebote zur Früherkennung und Vorsorge muß verbessert werden.

2. Chronische und degenerative Gesundheitsstörungen nehmen stark zu.

Forschung, Aus- und Fortbildung der Ärzte und Rehabilitationsmitarbeiter müssen sich daher stärker auf die Bekämpfung dieser Krankheiten ausrichten. Prävention und Rehabilitation brauchen einen hohen Stellenwert in unserem Gesundheitswesen.

3. Menschen mit körperlicher Behinderung sind im besonderen Maße auf medizinische und technische Hilfsmittel angewiesen. Das Angebot derartiger Hilfen ist zwar vielseitig und weit gefächert, aber auch unübersichtlich. Die funktionsgerechte und wirtschaftliche Versorgung der Betroffenen ist so nicht immer sichergestellt.

Die CDU fordert daher, die Hilfsmittel dem technischen Fortschritt entsprechend fortzuentwickeln und bedienungsfreundlich zu gestalten. Für orthopädische Hilfen ist es außerdem erforderlich, daß der behinderte Mensch bei der Versorgung fachkundig beraten wird, die funktionsgerechte Eignung des Hilfsmittels erproben kann und in seinem Gebrauch ausreichend eingeübt wird. Hierfür sollten entsprechende Hilfsmittelzentren eingerichtet werden.

4. Der Abbau von Berührungsängsten durch eine gemeinsame Erziehung, Freizeitgestaltung und Sport von behinderten und nichtbehinderten Kindern und Jugendlichen muß weiter gefördert und ausgebaut werden. Dies gilt auch für eine behindertengerechte Umgestaltung unserer Hochschulen und Schulen. Bei aller Bedeutung integrativer Ansätze wird auch in Zukunft nicht auf Sonderschulen verzichtet werden können.

5. 125 000 Schwerbehinderte sind ohne Arbeit. Die Arbeitslosenquote liegt deutlich über dem allgemeinen Durchschnitt. Die Beschäftigungsquote von Schwerbehinderten ist von 5,3 Prozent 1984 auf 5 Prozent im Jahre 1987 gesunken. Dabei

wiesen die privaten Arbeitgeber 1987 bundesdurchschnittlich eine Beschäftigungsquote von 4,7 Prozent, die öffentlichen Arbeitgeber von 5,9 Prozent auf. Von den rund 123 000 Arbeitgebern, die im Oktober 1987 beschäftigungspflichtig waren, haben nur 30 Prozent ihre Beschäftigungspflicht voll erfüllt.

Rund 70 Prozent aller Arbeitgeber kamen ihrer Beschäftigungspflicht nicht oder nicht im vollen Umfang nach. 30 Prozent aller Arbeitgeber, mit mehr als 16 Mitarbeitern, beschäftigen überhaupt keine Schwerbehinderten. Andererseits sind rund 70 000 Schwerbehinderte in Klein- und Kleinstbetrieben beschäftigt, so daß insgesamt rund 848 000 Schwerbehinderte ins Arbeitsleben eingegliedert sind.

Öffentliche und private Arbeitgeber müssen ihre Beschäftigungspflicht stärker als bisher erfüllen. Der Freikauf vieler Betriebe und Verwaltungen von dieser Pflicht ist eine unerträgliche Verletzung der notwendigen Solidarität und ein massiver Verstoß gegen die Gemeinwohlverpflichtung von privaten und öffentlichen Arbeitgebern. Eine massive Erhöhung der Ausgleichsabgabe bei Nichterfüllung der Beschäftigungsquote ist ebenso notwendig wie die bevorzugte Vergabe öffentlicher Aufträge an diejenigen Unternehmen, die mindestens ihre Pflichtquote erfüllen. Die bei vielen Betrieben vorhandenen Vorurteile gegenüber der Leistungsfähigkeit Behinderter müssen durch eine umfassende Informationskampagne abgebaut werden.

Beschäftigte in den Werkstätten für Behinderte müssen alle Arbeitsschutzrechte erhalten. Ihre unbefriedigende Entlohnung, (ca. 220 Mark im Monat) bedarf einer grundlegenden Neuregelung. Schwerstbehinderte, die niemals in der Lage sein werden, durch Erwerbstätigkeit ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, ist eine von der Sozialhilfe unabhän-

gige und anrechnungsfreie Versorgungsleistung zu zahlen. Dadurch wird den Angehörigen die Sorge um die Existenz ihrer Kinder für die Zeit genommen, in der sie sie nicht mehr versorgen können.

6. Familien leisten den weitaus größten Anteil an der notwendigen Betreuung, Förderung und Erziehung behinderter Angehöriger, besonders behinderter Kinder. Sie schaffen damit selbst die wichtigste Voraussetzung für deren Integration in die Gesellschaft. Die fachliche Hilfe in der täglichen Betreuung und Pflege der behinderten Menschen innerhalb der Familien ist deshalb zu fördern.

Die CDU fordert die Schaffung eines flächen- und bedarfsdeckenden Netzes ambulanter Angebote, ihre Verzahnung mit teilstationären und stationären Angeboten sowie Kurzzeitpflegeplätzen und Tagespflege.

Die vorhandenen Vorurteile gegenüber Sexualität, Partnerschaft und Nachkommenschaft behinderter Menschen müssen durch eine verbesserte Aufklärungsarbeit abgebaut werden. Es muß deutlich werden, daß zur freien Entfaltung der Persönlichkeit des behinderten Menschen Sexualität und Partnerschaft dazu gehören.

7. Eine wichtige Voraussetzung für die Integration behinderter Menschen ist die Schaffung zufriedenstellender Wohnverhältnisse. Der Bedarf an Wohnräumen für behinderte Menschen, die nur teilweise auf Pflege angewiesen sind, im übrigen aber ein selbständiges Leben führen können, wird in Zukunft ansteigen.

Die CDU fordert neben notwendigen Neubauten auch die Anpassung baulicher Anlagen an die Bedürfnisse behinderter Menschen. Die Vergabe der Mittel für die öffentliche Wohnungsbauförderung sollte mit Auflagen für behindertengerechtes Bauen verbunden sein. Die

Wohnversorgung psychisch behinderter Menschen stellt ein besonderes Problem dar. Notwendig ist ein verstärktes Angebot an geschützten Wohnformen (Übergangswohnheime, Wohngruppen, Wohngemeinschaften, Einzelwohnungen).

Die behindertengerechte, d. h. möglichst barrierefreie Gestaltung, ist eine Aufgabe aller öffentlichen und privaten Verkehrssysteme, Straßen und Wege. Hier wie im Wohnungsbau gilt im übrigen: was notwendig ist für behinderte Menschen, entspricht in der Regel auch den Bedürfnissen alter und kranker Menschen sowie Müttern mit Kindern und Schwangeren.

8. Behinderte Menschen müssen auch im Alter ein menschenwürdiges Leben führen können. Für uns gilt nicht nur der Grundsatz: Rehabilitation geht vor Rente, sondern auch: Rehabilitation geht vor Pflege.

Zur Aufrechterhaltung ihrer Selbständigkeit und Unabhängigkeit brauchen ältere behinderte Menschen familiennahe und altersgerechte Wohnangebote, ambulante soziale Dienste, teilstationäre Dienste sowie das Recht, selbst zu entscheiden zwischen Hilfe zu Hause oder im Heim. Neben diesem Mehr an sozialer Technologie bedarf es auch ein Mehr an menschlicher Zuwendung, um die Vereinsamung vieler alter behinderter Menschen zu verhindern. Der soziale Tod darf nicht hingenommen werden.

9. Die soziale Qualität unserer Gesellschaft muß sich darin erweisen, wie sie mit behinderten Mitbürgern umgeht. Behinderte Menschen gehören nicht an den Rand der Gesellschaft, sie gehören in die Mitte. Die Berücksichtigung der Belange Behinderter scheitert nicht am Mangel an Geld, sondern scheitert am Mangel an Phantasie, Mitmenschlichkeit und Denken an andere.

Fachhochschulen:

Günstige Studienbedingungen und Beschäftigungsperspektiven

Die Anziehungskraft der Fachhochschulen wächst weiter. Neben den Absolventen der Fachoberschulen zieht es immer mehr Abiturienten ins Fachhochschulstudium. Der bildungs- und wissenschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Daweke MdB, leitet aus dieser Bestätigung des Fachhochschulkonzepts zukunftsweisende Konsequenzen ab:

Nach einer jüngst vorgelegten Erhebung des Hochschul-Informations-Systems (HIS) stieg der Anteil der Abiturienten an den FH-Studenten von 36 Prozent in 1981 auf 47 Prozent im laufenden Studienjahr. In den Wirtschaftswissenschaften hat sich ihr Anteil von 1981 bis 1986 sogar verdoppelt. Unter der CDU/CSU-geführten Bundesregierung sind die spezifischen Strukturmerkmale der Fachhochschule in der Hochschulrahmengesetz-Novelle von 1985 gestärkt worden. Diese Strukturmerkmale prägen die heutige Attraktivität der Fachhochschulen:

● Günstige Studienbedingungen: Das Studium ist kürzer als an den Universitäten, straffer, im Aufbau besser überschaubar; es gibt geringere Organisationsprobleme für den Studenten.

● Hervorragende Beschäftigungsperspektiven dank des starken Praxisbezugs der Studiengänge sowie der größeren Unabhängigkeit von der Beschäftigungsentwicklung im öffentlichen Dienst.

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erlaubt diese Erfolgsbilanz des Studien-

orts Fachhochschule nur eine Schlußfolgerung: Allen Bestrebungen, an der Struktur der Fachhochschule herumzuexperimentieren, um sie zu Mini-Universitäten umzugestalten, ist eine klare Absage zu erteilen. Die Fachhochschule muß als klare Alternative zur Universität in ihrer Eigenart und in ihrem eigenständigen Bildungsauftrag weiter unterstützt werden. In der gegenwärtigen Situation heißt das primär:

● Die spezifischen Leistungen der Fachhochschule im Bereich der angewandten Forschung müssen in der Programmgestaltung der Forschungsförderung deutlicher akzentuiert werden. Dazu bedarf es eines Transfers außerhalb der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), in deren auf Grundlagenforschung ausgerichteten Förderungsmodalitäten die Fachhochschulen nicht angemessen bedient werden können.

● Auch die Fachhochschulen wirken mit an der Bewältigung der stark gestiegenen Studentenzahlen. Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau und bei etwaigen weiteren Hilfsprogrammen für die überlasteten Hochschulen müssen sie daher in eigens ausgewiesenen Programmteilen entsprechend berücksichtigt werden.

Die Bundesländer müssen darüber hinaus sicherstellen, daß FH-Absolventen, die sich wissenschaftlich weiterqualifizieren wollen, einen fairen Zugang zum Promotionsverfahren erhalten.

Mein Vorschlag: Ab 1. 1. 1990 werden zahlreiche neue Graduiertenkollegs

Privatisierung sichert Arbeitsplätze

Das Hauptargument der SPD gegen die Privatisierung, die Arbeitsplätze in diesen Unternehmen würden gefährdet, ist in sich zusammengebrochen. Die privatisierten Bundesunternehmen haben nicht Arbeitsplätze abgebaut, sondern Tausende neuer Mitarbeiter eingestellt.

Anzahl Beschäftigte	VEBA	VIAG	IVG
bei Privatisierung	77 157	33 188	4 402
heute	91 657	34 597	4 645
Anstieg	+ 14 500 (+ 18,8 %)	+ 1 409 (+ 4,2 %)	+ 243 (+ 5,5 %)

Der Mitarbeiterzuwachs in den genannten Unternehmen ist auch auf die Vergrößerung durch Zukauf weiterer Betriebe zurückzuführen. Aber auch das wirkt sich positiv für die Beschäftigten aus. Denn es ist für jeden Arbeitnehmer besser, in einem wachsenden als in einem schrumpfenden Unternehmen zu arbeiten. Der Widerstand der Opposition stellt sich als reine Angstmacherei heraus: Privatisierung vernichtet nicht Arbeitsplätze, sondern schafft neue.

Die positive Einschätzung der Unternehmensentwicklung wird auch von der Börse geteilt. Die Börsenkurse der Aktien sind seit der Privatisierung überall kräftig nach oben gegangen.

Börsenkurs in DM	VEBA	VIAG	IVG
bei Privatisierung	173,—	165,—	165,—
1. September 1989	354,—	357,—	480,—
Anstieg	+ 181,—	+ 192,—	+ 315,—

Es zeigt sich erneut: ohne staatliche Fesseln können sich die Unternehmen viel freier entwickeln — zum Nutzen aller, der Arbeitnehmer, der Aktionäre und der Steuerzahler. Dieser große Erfolg sollte die Regierung ermuntern, konsequent und zügig die Privatisierungspolitik fortzuführen.

errichtet, um die Promotion in thematisch umschriebenen Forschungsgruppen und lehrstuhlübergreifenden Studienprogrammen zu ermöglichen. Ein FH-Absolvent, der zur Promotion befähigt ist, könnte eine solche Gruppe durch instruktive und spezifische Beiträge wissenschaftlich bereichern. Es ist deshalb zu prüfen, wie die Aufnahme von FH-Absolventen in Graduiertenkollegs sinnvoll organisiert werden kann. ■

Höhere Steuereinnahmen der Kommunen

Die Gemeinden und Gemeindeverbände des Bundesgebietes haben im ersten Halbjahr dieses Jahres 30,5 Milliarden Mark Steuern eingenommen. Das waren 4,7 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, heißt es in einer Mitteilung des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden.

Berliner Stromversorgung

Die Alternativen können keine politische Verantwortung tragen

Zur Ablehnung des Stromverbundes zwischen Berlin und der Bundesrepublik Deutschland durch die Alternative Liste erklärt der energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ludwig Gerstein:

Die rot-grüne Koalition in Berlin unternimmt alles, um Berlin langfristig zu isolieren und die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Stadt zu gefährden.

Was in jahrelangen schwierigen Verhandlungen zwischen der Bundesregierung, dem Berliner Senat und der DDR zum Bau einer Stromleitung nach Berlin führen sollte, wird jetzt von der Alternativen Liste gekippt. Die Alternative Liste ist nicht in der Lage, die politische und wirtschaftliche Bedeutung des Leitungsbaus abzuschätzen:

- Mit der Stromleitung könnte endlich die Inselversorgung Berlins beendet und der Anschluß Berlins an den europäischen Stromverbund erreicht werden. Jede Tonne Öl, jede Tonne Kohle mußte bisher nach Berlin transportiert werden und hat somit die Stromkosten für die Berliner Unternehmen und die Berliner Bevölkerung gegenüber den Stromkosten im Bundesgebiet verteuert.
- Mit dem Anschluß an das westeuropäische Verbundsystem könnte die Berliner Stromversorgung umweltfreundlicher, sicherer und kostengünstiger gestaltet werden.
- Mit dem Beschluß der Alternativen werden die Bemühungen aller Bundesregierungen und aller Berliner Senate zunichte gemacht, auf einem weiteren

Gebiet der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten ein Stück Normalität zu erzielen, von dem auch die Bürger in der DDR profitieren könnten. Der Stromleitungsbau dient nämlich auch der Absicherung des DDR-Stromnetzes im Winter und würde die Umweltbelastung in Berlin verringern, da schwefelreiche Braunkohle in der DDR zurückgefahren werden könnte.

Die Vorteile des Leitungsbaus nach Berlin werden von den Alternativen einfach beiseite geschoben. Wenn die Alternative Liste wegen der Stromleitung ihr Energiekonzept nicht verwirklichen kann, hat sie im Berliner Senat nichts verloren.

Kommentar

Auf Gedeih und Verderb

SPD und AL in Berlin nähren zunehmend die Zweifel an ihrer gemeinsamen Politikfähigkeit. In der Berliner Senatskoalition herrschen Mißverständnisse über Grundsatzfragen. Wollen die Sozialdemokraten das politische Selbstverständnis eines Regierungsbündnisses in Berlin nicht in Frage stellen lassen, dann ist ein deutliches Halt an den Koalitionspartner geboten.

Die Stadt muß für die Menschen, die in ihr wohnen, berechenbar bleiben.

Wird die rot-grüne Koalition in Berlin platzen? Kaum, denn das Bewußtsein beider Parteien, daß es keine anderen politischen Alternativen gibt, um die Macht zu behalten, wird dieses Bündnis vorerst zementieren — auf Gedeih und Verderb.

Deutschlandfunk

Vorsorgeprinzip im Gewässerschutz

Die am 15. September 1989 ins Plenum des Deutschen Bundestages eingebrachte Novelle zur Änderung des Abwasserabgabengesetzes verstärkt die Bemühungen der Bundesregierung, Anforderungen an die Abwasserreinigung dem Fortschritt in der Technik anzupassen. Wolfgang Gröbl, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesumweltminister: Mit dieser Novelle baut die Bundesregierung das marktwirtschaftliche Instrument der Abwasserabgabe weiter aus. Diese Abgabe schafft zusätzliche Anreize für die Einleiter, in Gewässerschutzmaßnahmen zu investieren, und sie ist ein Eckpfeiler für die Durchsetzung des Vorsorgeprinzips im Gewässerschutz.

Der Anreiz der Abwasserabgabe als ökonomisches Instrument wirkt in zweifacher Weise:

- Der Einleiter soll auch ohne ordnungsrechtlichen Zwang möglichst schnell die dritte Reinigungsstufe einführen, das heißt, er soll in die Phosphatfällung investieren und den Stickstoff aus dem Abwasser entfernen, und er soll möglichst umgehend die gefährlichen Stoffe nach dem Stand der Technik verringern.
- Der Einleiter soll darüber hinaus schon im wirtschaftlichen Eigeninteresse die errichtete Anlage so betreiben, wie es die wasserrechtliche Erlaubnis vorschreibt. Wer diese ordnungsrechtlichen Anforderungen nicht erfüllt, zahlt stark erhöhte Abgaben. Dies wirkt schneller und durchgreifender als verwaltungs- oder strafrechtliche Sanktionen.

Der Gesetzentwurf enthält vier wesentliche Elemente:

- Vom 1. Januar 1991 muß auch für die Einleitung von Phosphor und Stickstoff

Abwasserabgabe gezahlt werden. Phosphor und Stickstoff sind Nährstoffe, die zu der dramatischen Entwicklung von Algen in den Küstengewässern beigetragen haben und auch weiterhin beitragen werden, wenn nicht der Eintrag von Nährstoffen über die Flüsse und Kläranlagen sowie aus diffusen Quellen — insbesondere der Landwirtschaft — deutlich vermindert wird. Die Zeit für die Durchführung entsprechender Reinigungsmaß-

Mit ihrer Novelle zum Abwasserabgabengesetz schafft die Bundesregierung zusätzliche Anreize für Einleiter, in Gewässerschutzmaßnahmen zu investieren.

nahmen ist kurz, der Zustand von Nord- und Ostsee läßt aber keinen Aufschub zu. Die Abgabe ist so bemessen, daß sie Kommunen und Industrie einen wirksamen Anreiz für Investitionen in die Nährstoffeliminierung gibt.

- Der Abgabesatz wird für alle Schadstoffe von jetzt 40 Mark in zwei Schritten um jeweils zehn Mark am 1. Januar 1991 und 1. Januar 1993 auf dann 60 Mark angehoben. Hierdurch wird der Anreiz für höhere Investitionen verstärkt, andererseits werden mehr Mittel für den Gewässerschutz zur Verfügung stehen.
- Der Abgabesatz wird auf ein Viertel reduziert, wenn die Anforderungen der Abwasserverwaltungsvorschriften eingehalten werden. Die unterschiedliche Abgabenbelastung der Einleiter, die nichts oder zu wenig für den Gewässerschutz tun, und der Einleiter, die sich an die ordnungsrechtlichen Vorgaben hal-

Umwelt- und Energiesteuern:

SPD will beim Bürger abkassieren

Der Streit in der SPD über die Verwendung der von ihr beabsichtigten Umwelt- und Energiesteuern zeigt, daß sie weder für die Umwelt- noch für die Steuerpolitik ein schlüssiges Konzept hat.

Die jüngsten Äußerungen von Frau Fuchs machen deutlich, daß es der SPD weniger um Fortschritte beim Umweltschutz geht. Sie will vielmehr beim Bürger abkassieren, um zusätzliche Staatsausgaben finanzieren zu können.

Wohin eine solche Politik führen würde, haben die Bürger in den sieben Jahren bis zum Regierungswechsel 1982 erfahren müssen. Das darf nicht wieder vorkommen.

Generalsekretär Volker Rühle: Ich fordere die SPD auf, endlich Klarheit in ihre Finanz- und Umweltpolitik zu bringen. Die Bürger haben den Streit satt, den die SPD-Steuerpolitiker mit den Umweltpolitikern, die Wirtschaftspolitiker mit den Sozialpolitikern und die Energiepolitiker mit den Steuerpolitikern seit Wochen austragen.

Eine „nützliche Diskussion“ hat die „Frankfurter Neue Presse“ den Streit

um das Fell des Bären genannt, der noch nicht erlegt ist, und glossiert die unterschiedlichen Verwendungsabsichten, die in der SPD und bei den Grünen für die geplanten Öko-Steuern genannt werden mit der Bemerkung:

Die Bürger wissen damit rechtzeitig vor der nächsten Wahl, daß die SPD und Grüne ihnen ganz kräftig in den Geldbeutel greifen wollen. Um damit auch staatlichen Umwelt-Dirigismus zu finanzieren. Denn die Ideologen in beiden Parteien wollen an die Kräfte des Marktes in der Umweltpolitik nicht so recht glauben, obwohl der Markt sich immer wieder als stärkste Kraft bei der Bewältigung neuer Probleme bewiesen hat.

Die Bürger sind durchaus bereit, Opfer für den Umweltschutz zu bringen. Ob dazu auch die Finanzierung ideologischer Träume gehört, können sie mit dem Stimmzettel entscheiden. So gesehen ist die derzeitige rot-grüne Öko-Steuer-Diskussion durchaus nützlich.

ten, geht damit wie eine Schere weiter auseinander. Entsprechend verstärken sich die Investitionsanreize. Uns geht es um den beschleunigten Ausbau der Kläranlagen, nicht um höhere staatliche Einnahmen.

● Diesem Ziel dient auch das vierte Element: Die Investitionen für die notwendigen Gewässerschutzmaßnahmen können nicht mehr nur zur Hälfte, sondern voll mit der drei Jahre vor Inbetriebnahme

der neuen oder erweiterten Abwasserbehandlungsanlage fällig gewordenen Abgabe verrechnet werden. Niemand wird sich also in Zukunft darauf berufen können, wegen der Abgabenzahlung fehlten die Mittel für Gewässerschutzinvestitionen.

Außerdem soll die Regelung so ausgestaltet werden, daß sich der Verwaltungsaufwand bei der Ermittlung der Verrechnungsgrundlagen vermindert.

Trauer um Lieselotte Berger

Mit Lieselotte Berger verliert die deutsche Politik eine besonders profilierte Persönlichkeit.

Lieselotte Berger war durch und durch Berlinerin, und ihre ganze Sorge galt jederzeit ihren Berliner Mitbürgern. Ihr war es ein vorrangiges Anliegen und persönliche Herzenssache, die Interessen Berlins mit Nachdruck zu vertreten. Das tat sie viele Jahre lang in den Diensten der Stadt und seit drei Jahrzehnten in zahlreichen führenden Positionen der Berliner CDU.

Einen geradezu legendären Ruf erwarb sich Lieselotte Berger im Laufe der vierzehn Jahre, in denen sie den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages leitete. In dieser Aufgabe, aber auch in ihrem persönlichen Umfeld erwies sie ein ausgeprägtes soziales Engagement und ein waches Gespür für die Sorgen und Nöte der Menschen. Für viele Menschen unseres Landes wurde Lieselotte Berger buchstäblich zur letzten Hoffnung, und sie hat keine Mühe gescheut, dort zu helfen, wo Hilfe nötig und möglich war.

Seit dem 12. März 1987 war Lieselotte Berger Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundeskanzler und zugleich Bevollmächtigte der Bundesregierung in Berlin.

Helmut Kohl: Für ihre guten Dienste in diesem Amte wie für ihr herausragendes politisches Lebenswerk empfinde ich Dankbarkeit und hohen Respekt. Die Bundesregierung, die Christlich Demokratische Union Deutschlands und auch ich persönlich



nehmen in tiefer Trauer Abschied von unserer Kollegin und Weggefährtin Lieselotte Berger.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Alfred Dregger**, hat Lieselotte Berger als eine tatkräftige und liebenswerte Kollegin gewürdigt, die sich große Verdienste um die Union und die deutsche Politik erworben habe. Als Vorsitzende des Petitionsausschusses habe sie Anerkennung und Respekt bei allen Fraktionen des Bundestages, vor allem aber bei den betroffenen Bürgern gefunden. Nicht ohne Grund seien ihr von dankbaren Bürgern liebevolle Titel wie „Mutter Courage“ oder „Mutter der Nation“ zugebracht worden.

Gute Nachricht für Rentner:

Der Aufschwung füllt die Rentenkassen

3,8 Milliarden Mark mehr, als noch im Oktober 1988 erwartet, nehmen die Rentenkassen in diesem Jahr ein. Die Reserven der Rentenversicherung wachsen stärker, als selbst Optimisten erwartet hatten: auf voraussichtlich 25,4 statt 21,6 Milliarden.

Wachsende Wirtschaft: d. h. mehr Beschäftigte, mehr Beitragszahler, volle Rentenkassen und sichere Renten.

Die CDU: Garant für Wirtschaftsaufschwung, neue Arbeitsplätze und sichere Renten.

Der Wirtschaftsaufschwung seit 1982 füllt die Rentenkassen, denn er schafft Arbeitsplätze: Seit Herbst 1983 wurden über 1,4 Millionen Arbeitsplätze neu geschaffen. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg auf 27,72 Millionen. Das ist der höchste Beschäftigungsstand in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

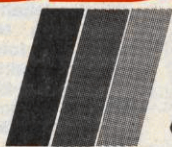
Das hatte die SPD den Rentnern eingebrockt:

1982: schrumpfte die Wirtschaft

sank die Zahl der Beschäftigten

standen die Rentenkassen vor der Zahlungsunfähigkeit

CDU



Die Zukunft

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Machen Sie mit!

Die CDA, die Frauen-Union und die KPV legen Ihnen hiermit einen Leitfaden „Kinderfreundliche Gemeinde“ vor. Was das ist, darüber mußte man vor Jahren nicht eigens reden: Straßen, Plätze, Hinterhöfe und Trümmergrundstücke wurden von Kindern in Besitz genommen als ihr Spielfeld. Was ist davon geblieben? Ausgewiesene Spielinseln für Kinder: Spielplätze, Bolzplätze, Sandkästen.

Die Vereinigungen CDA, Frauen-Union und KPV haben die Beschlüsse des Wiesbadener Parteitags aufgegriffen. Wir wollen bessere Chancen schaffen für Eltern und Kinder in den Gemeinden und laden Interessierte ein, am Ziel einer kinderfreundlichen Gesellschaft mitzuwirken.

Machen Sie mit! Wir würden uns freuen, wenn alle diejenigen, die schon immer etwas für Kinder tun wollten, sich angespornt fühlten, jetzt zur Tat zu schreiten. Sie können den Leitfaden ab sofort beziehen in unserem

**IS-Versandzentrum,
4804 Versmold, Postfach 1328**

KINDERFREUNDLICHE GEMEINDE



CDU Leitfaden für die
praktische Arbeit vor Ort

Herausgeber: Frauen-Union, Kommunalpolitische Vereinigung,
Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft

Bestell-Nr.: **5186**

Mindestabnahme: 25 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 20,— DM
(Preise zuzüglich MwSt. inkl. Versand)

UID

30/89

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König. Redaktion:
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300
Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Tele-
fon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. Ver-
trieb: Telefon (02 28) 544-421. Verlagsleitung: Dr.
Uwe Luthje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto
Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln
Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis
jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Herstellung:
VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.